

Umweltbundesamt sieht gestiegene Klimaschutzwirkung bei geothermischer Wärmeerzeugung

(Berlin, den 10. November 2017) Im Oktober hat das Umweltbundesamt (UBA) die Studie „Emissionsbilanz erneuerbarer Energieträger“ neu aufgelegt. Darin korrigiert das UBA die Werte zu den vermiedenen CO₂-Emissionen durch die bereitgestellte Erdwärme nach oben. Zudem sind nun die Werte für oberflächennahe Geothermieanlagen getrennt von Luft-Wärmepumpen ausgewiesen. Der Bundesverband Geothermie fordert, dass diese Klimaschutzwirkung auch bei der Genehmigung von Geothermieanlagen anerkannt und ihre Umsetzung erleichtert wird.

Sowohl die CO₂-Einsparung von tiefengeothermischen Anlagen als auch von oberflächennahen Geothermieanlagen werden nun vom Umweltbundesamt um 20 Prozent höher ausgewiesen. Geothermieanlagen bis 400 Meter Tiefe sparen nach den Berechnungen des Umweltbundesamtes 108,55 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde gegenüber einer fossilen Öl- oder Gas-Heizung ein. Tiefengeothermische Anlagen entlasten das Klima um 326,87 Gramm pro Kilowattstunde, da mit ihnen schmutzige Fernwärme aus Kohle und Co. ersetzt wird.

Die UBA-Studie unterscheidet nun deutlich mehr Arten der Energiebereitstellung. Im Wärmebereich sind es nun 61 statt zuvor 18. Dies kommt auch der Geothermie zu Gute. Wurde der Beitrag der oberflächennahen Geothermie früher mit anderen Technologien mit Wärmepumpen zusammengefasst, wird er nun getrennt ausgewiesen. Auch dadurch fällt der Wert für die spezifische Emissionsvermeidung für die effizienteren Erdwärmeheizungen nun höher aus. Nicht eingerechnet ist derzeit jedoch noch die CO₂-Vermeidung bei der Wärmepumpen-Antriebsenergie Strom oder der ausschließliche Einsatz von Ökostrom. Mit einem zunehmenden Ausbau der erneuerbaren Stromtechnologien ist daher eine weiter steigende Klimaschutzwirkung von oberflächennahen Erdwärmeheizungen zu erwarten.

Der Bundesverband Geothermie freut sich über diese neuen Erkenntnisse und fordert: „Geothermieanlagen können einen großen Beitrag dabei leisten, bis 2050 die gewünschten 80 bis 95 Prozent CO₂ einzusparen. Dazu muss der Klimaschutzbeitrag aber auch von den Genehmigungsbehörden und der Politik anerkannt werden. Die Blockade durch das Standortauswahlgesetz sollte schnell aufgehoben werden und zudem der Wärmepumpenstrom deutlich entlastet werden. Es kann nicht sein, dass der Staat den Einsatz von Erdwärmeheizungen zu 50 bis 70 Prozent mit Steuern und Abgaben belastet, wenn es bei den Umweltsündern Öl und Gas gerade einmal 20 bis 30 Prozent sind“, sagt Dr. Erwin Knappek, Präsident des Bundesverbandes Geothermie.

Die vollständige Studie finden Sie unter: www.umweltbundesamt.de/publikationen/emissionsbilanz-erneuerbarer-energietraeger

Über die Zusendung eines Belegexemplars oder eines Veröffentlichungs-Links freuen wir uns.

PRESSEMITTEILUNG



Über den Bundesverband Geothermie e.V.:

Der 1991 gegründete Bundesverband Geothermie e.V. (BVG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen und Einzelpersonen, die auf dem Gebiet der Erdwärmenutzung in allen Bereichen der Forschung und Anwendung tätig sind. Er vereint Mitglieder aus Industrie, Wissenschaft, Planung und der Energieversorgungsbranche. Hauptaufgaben des Verbandes sind die Information der Öffentlichkeit über die Nutzungsmöglichkeiten geothermischer Energie zur Wärme- und Stromerzeugung sowie der Dialog mit politischen Entscheidungsträgern. Der BVG organisiert den jährlichen Geothermiekongress DGK ebenso wie Workshops zu aktuellen Themen und ist Herausgeber der Fachzeitschrift „Geothermische Energie“ sowie weiterer Informationsmaterialien. Der DGK 2018 findet vom 27. bis 29. November in Essen statt.

Pressekontakt:

Gregor Dilger, Presse und Politik

Bundesverband Geothermie e.V.
Albrechtstraße 22
10117 Berlin

Tel.: 030 / 200 95 49 50

Mobil: 0177 / 743 28 28

Fax: 030 / 200 95 49 59

presse@geothermie.de

www.geothermie.de